PRESSEERKLÄRUNG

24. September 2026

Berlin zieht Olympiabewerbung zurück – BERLIN+ wird bei der DOSB-Mitgliederversammlung nicht zur Wahl gestellt

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Berlin zieht seine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele aus dem laufenden Auswahlverfahren zurück. Das Konzept BERLIN+ wird damit bei der Außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) am kommenden Samstag in Baden-Baden nicht zur Wahl stehen. Das gaben der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, die Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger, und der Olympiabeauftragte des Landes Berlin, Kaweh Niroomand, am Donnerstag bekannt. Ausschlaggebend für die Entscheidung ist die veränderte politische Situation nach der Abgeordnetenhauswahl am vergangenen Sonntag.

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Es ist ein trauriger Tag für Berlin. Die Entscheidung, die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele zurückzuziehen, ist uns außerordentlich schwergefallen. Seit der Abgeordnetenhauswahl haben wir aber eine neue politische Situation. Nach den klaren Signalen aus den Sportverbänden müssen wir feststellen, dass die Bewerbung Berlins unter diesen Voraussetzungen keine realistische Chance mehr hat. Das liegt nicht an unserem Konzept, sondern daran, dass die notwendige politische Stabilität nicht mehr gewährleistet ist. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen bedanken, die unsere Bewerbung mit so viel Leidenschaft unterstützt haben – bei unserem Kuratorium, dem Olympiabeauftragten Kaweh Niroomand und seinem gesamten Team und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Eines bleibt wichtig und richtig: Berlin muss seine Sportinfrastruktur verbessern und in die Zukunft unserer Stadt investieren.“

Kaweh Niroomand, Olympiabeauftragter des Landes Berlin: „Das ist eine bittere Entscheidung für uns alle und für mich persönlich. In BERLIN+ stecken monatelange Arbeit,

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

presse-information@senatskanzlei.berlin.de
Tel. +49 30 9026-2411
berlin.de/senatskanzlei
@regberlin

unglaublich viel Herzblut und die Ideen und das Engagement vieler Menschen. Mir ist wichtig, eines klarzustellen: Wir ziehen unsere Bewerbung nicht wegen der Bewertung durch den DOSB zurück. Unser Konzept wurde auch vom DOSB gut bewertet und hat von den Sportverbänden viel Anerkennung erfahren. Wir wussten allerdings schon vor der Wahl, dass die politische Situation nach dem Wahlausgang für die Entscheidung der Verbände eine wesentliche Rolle spielen würde. Von vielen unserer bisherigen Unterstützer haben wir nun das klare Signal bekommen, dass sie aufgrund der fehlenden politischen Verlässlichkeit nicht mehr für Berlin stimmen können. Unter diesen Voraussetzungen wäre es nicht verantwortungsvoll gewesen, nach Baden-Baden zu fahren und eine Abstimmung zu riskieren, bei der unser gutes Konzept am Ende möglicherweise keinen einzigen Punkt erhält. Diese Blamage wollten wir Berlin und allen ersparen, die so viel Leidenschaft in diese Bewerbung investiert haben. Wir werden dennoch nach Baden-Baden fahren, unsere Entscheidung erläutern und uns solidarisch mit den anderen Bewerbern zeigen, denen wir viel Erfolg wünschen. Und wir werden deutlich machen, dass BERLIN+ weiterhin bereitsteht und seine Ideen jederzeit aufgegriffen und weiterentwickelt werden können."

Iris Spranger, Innen- und Sportsenatorin von Berlin: „BERLIN+ war eine große Chance, die weit über den Sport hinausging. Menschen wären bei Olympischen und Paralympischen Spielen zusammengekommen – in Berlin, in Ostdeutschland, über politische, soziale und kulturelle Grenzen hinweg. BERLIN+ war eine Vision, eben nicht nur für den Sport. Es war vor allem auch eine Vision für unsere Kinder. Die Spiele wären eine Investition in ihre Zukunft gewesen. Die Gegner dieses Zukunftsprojektes müssen jetzt zeigen, wie sie die Lücke füllen, die das Projekt Olympia lässt."